Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1362

26. 11. 87

Sachgebiet 223

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN

Deutsche Höhere Privatschule Windhuk

Die Bundesregierung bestreitet aus Steuermitteln mit jährlich über 5 Millionen DM den Großteil der Unterhaltungskosten der „Deutschen Höheren Privatschule Windhuk" (DHPS). Entgegen der von der Bundesregierung seit Jahren geschilderten vermeintlichen Öffnung dieser Schule für schwarze Schüler herrscht nach Darstellung namibischer Eltern, von Journalisten und auch nach eigener Kenntnis der Bundestagsabgeordneten Frau Eid an der DHPS weiterhin eine Grundhaltung, die die Apartheidideologie und deutschen Nationalismus begünstigt. Es werden an der DHPS sogar Sammlungen für die „Vereinigung der Freunde der Soldaten" durchgeführt.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Mit welchen Beträgen wurde die „Deutsche Höhere Privatschule Windhuk" (DHPS) seit 1985 gefördert, und mit welchen Auflagen war und ist diese Förderung seitens der Bundesregierung verknüpft?

2. Wie viele bundesdeutsche Lehrkräfte waren seit 1985 an der DHPS tätig, und nach welchen Kriterien wurden diese Lehrer, einschließlich der Schulleiter, von welchem Gremium ausgewählt?

3. a) Bleibt die Bundesregierung bei ihrer, in der Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN getroffenen Feststellung, wonach die an die DHPS entsandten Lehrer „einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Rassentrennung" leisten [vgl. Drucksache 10/5312, Antwort auf Frage 4 d)]?

   b) Hat die Bundesregierung den Erfahrungsbericht des Oberstudienrats Dieter Wahl über seine Tätigkeit an der DHPS und seine Erfahrungen mit dem ehemaligen Schulleiter Dr. C. B. und dem jetzigen Schulleiter Dr. K. K. zur Kenntnis genommen? Zu welchen Schlußfolgerungen hat diese Kenntnisnahme geführt?

   c) Trifft es zu, daß Schulleiter Dr. K. K. und sein Stellvertreter H. B. per Aushang am schwarzen Brett der DHPS das Leh-

rerkollegium aufforderten festzustellen, welcher Lehrer Verbindungen zu einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages pflegt? Wie bewertet die Bundesregierung diesen Aushang?

d) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der frühere Schulleiter Dr. C. B. während einer mündlichen Abiturprüfung gegenüber einem Schüler die Kriegsschuld Hitlers in Zweifel zog, und welche Folgerungen haben sich daraus gegenüber dem Schulleiter Dr. C. B. ergeben?

4. Trifft es zu, daß der Vorsitzende des Deutschen Schulvereins Windhuk (1949), Dr. Herbert Schneider, beruflich eine Funktion ausübt, die einem Staatssekretär in der Bundesrepublik Deutschland entspricht, und wie bewertet die Bundesregierung diese enge Bindung der DHPS an die von Südafrika ausgehaltene „Übergangsregierung" in Windhuk? Teilt die Bundesregierung die Auffassung des früheren DHPS-Lehrers Dieter Wahl, daß ein enger Kreis um den Schulvorstands-Vorsitzenden herum die Geschicke der DHPS bestimmt?

5. a) Hat die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, daß an der DHPS mit Kenntnis des Schulleiters und der übrigen aus der Bundesrepublik Deutschland entsandten Lehrkräfte Sammlungen durchgeführt werden für die „Vereinigung der Freunde der Soldaten"?

b) Der Schulleiter der DHPS, Dr. K. K., sah sich vor einigen Wochen bei einem Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Frau Eid nicht in der Lage zu erklären, was mit den in der Schule gesammelten Spendengeldern genau geschieht bzw. geschehen soll.

Kann die Bundesregierung nunmehr mitteilen, für welche konkreten Zwecke diese Gelder an der DHPS gesammelt und verwandt werden?

c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Schüler und Schülerinnen, die sich an diesen Sammlungen aus Gewissensgründen nicht beteiligen, von anderen Schülern der DHPS diskriminiert werden?

d) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Schulleiters Dr. K. K., der auf die Frage der Bundestagsabgeordneten Frau Eid – ob es nicht gerade für eine bundesdeutsche Schule angebracht sei, solche Sammlungen nicht durchzuführen – antwortete, daß „gerade die Deutsche Schule keine Ausnahme machen kann"?

e) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Schulleiter die Durchführung der Spendensammlung an die Schülermitverantwortung weitergegeben hat, ohne sich informiert zu haben, wofür dieses Geld verwandt wird?

f) Stimmt die Bundesregierung mit den Fragestellern darin überein, daß an einer bundesdeutschen Schule in Namibia keine Geldsammlungen durchgeführt werden dürfen, die

direkt oder indirekt militärischen Einrichtungen bzw. Soldatenvereinigungen zugute kommen?

6. a) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Schülern der DHPS die Teilnahme an einer Veranstaltung an der Deutschen Schule in Windhuk durch Unterrichtsbefreiung seitens der Schulleitung ermöglicht wurde, wo am 9. Mai 1987 vormittags um 9.00 Uhr (also zur Unterrichtszeit) der südafrikanische Brigadegeneral der Abwehr und des Sicherheitsdienstes, S. Eimbeck, über „Bekämpfung des Terrorismus in Südwestafrika" referierte, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorgang?

   b) Trifft es zu, daß Schülern der DHPS mit Hinweis auf den Leitsatz des Schulleiters „Politik gehört nicht an die Schule", zunächst die Teilnahme an einem Symposium über den UNO-Friedensplan für Namibia, UNO-Resolution 435, vom Schulleiter Dr. K. K. verwehrt wurde und erst nach dessen Urlaubsantritt die notwendige Unterrichtsbefreiung den interessierten Schülern die Teilnahme ermöglichte?

7. Wie bewertet die Bundesregierung den nach Auskunft von Kennern der Situation wachsenden Einfluß von Mitgliedern und Sympathisanten des „Bunds Nationaler Deutscher" im Schulverein und im Vorstand des Schulvereins der DHPS? Hat die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, daß derzeit etwa 490 Eltern Mitglieder des Schulvereins sind, jedoch 375 Vereinsmitglieder keine Eltern von derzeitigen oder ehemaligen DHPS-Schülern sind, sondern offenkundig politische Interessen verfolgen?

8. Welche Konsequenzen ergeben sich aus den, vom Herausgeber der „Namibia Nachrichten", Konrad Lilienthal, gegenüber den Schulgremien geschilderten massiven Wahlbeeinflussungen im Vorfeld und während der Jahreshauptversammlung des Schulvereins am 21. April 1987? Hat der Schulleiter Dr. K. K. das entsprechende Schreiben von Herrn Lilienthal vom 6. Mai 1987 zur Kenntnisnahme an das Auswärtige Amt oder die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen weitergereicht?

9. Welche anderen Schulen in Namibia werden direkt oder indirekt von der Bundesregierung finanziell gefördert, ggf. mit welchen Beträgen?

Bonn, den 26. November 1987

Frau Eid
Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333